19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

vom 18. August 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. August 2025)

zum Thema:

Ausgaben für die Polizei Berlin seit 2021

und **Antwort** vom 10. September 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Sep. 2025)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23633
vom 18. August 2025
über Ausgaben für die Polizei Berlin seit 2021

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Ausgaben tätigte das Land Berlin bzw. die Polizei Berlin jeweils in den Jahren 2021-2024 für
 - a. die Polizei insgesamt (bitte aufschlüsseln nach Personalkosten, hierunter Behördenleitung, Direktionen, Polizeiakademie und LKA, sowie Sachkosten und ausgezahlte Überstunden), und wie viel machten diese Ausgaben vom gesamten Haushalt der Hauptverwaltungen (ohne Bezirke) aus?
 - b. Amtshilfe an die Berliner Polizei durch Behörden anderer Bundesländer?
 - c. weitere Polizei- und sicherheitsbehördliche Tätigkeiten, die mit Mitteln der Europäischen Union, vom Bund oder anderen Quellen finanziert wurden?
 - d. Personal- und Sachkosten für die einzelnen Direktionen sowie die Brennpunkt- und Präsenzeinheit (BPE) der Direktion 5 City?
 - e. bauliche Maßnahmen, Modernisierung und Sanierungsmaßnahmen, Miete, Sachkosten und Investitionsausgaben für Berliner Polizeiabschnitte sowie die Wachen am Alexanderplatz und Kottbusser Tor, aufgeschlüsselt nach Standorten?

Zu 1. a.:

Seit dem Haushaltsjahr 2022 werden alle Einnahmen und Ausgaben der örtlichen Polizeidirektionen 1-5, der Direktion Einsatz/Verkehr (Dir E/V), der Direktion Zentrale Sonderdienste sowie des Stabs und des Einsatzleit- und Lagezentrums der Landespolizeidirektion (LPD) im Kapitel 0532 der LPD abgebildet. Weiterhin wurden alle

Abteilungen der Direktion Zentraler Service (Dir ZS) zum 1. Januar 2022 dem Kapitel 0556 der Dir ZS zugeordnet. Diese wurden zuvor im Kapitel 0531 erfasst. Die erfragten Personal- und Sachausgaben sowie die Mehrarbeitsvergütung sind den folgenden Tabellen zu entnehmen. Das Hauptstadtkapitel stellt eine „ungebundene“ Position dar, welcher keiner der erfragten Gliederungseinheiten zugeordnet werden kann.

Jahr	Bezeichnung	Personalausgaben in Euro
2021	Polizeipräsidium	171.240.981
	Direktionen	820.014.278
	Landeskriminalamt (LKA)	214.706.564
	Polizeiakademie (PA)	89.828.034
	Hauptstadtkapitel	147.459.383
	Polizei gesamt	1.443.249.240
2022	Behördenleitung	21.276.774
	LPD	856.685.280
	LKA	223.947.001
	PA	95.570.376
	Dir ZS	141.252.382
	Hauptstadtkapitel	149.784.529
	Polizei gesamt	1.488.516.342
2023	Behördenleitung	21.627.421
	LPD	888.887.702
	LKA	233.551.583
	PA	100.283.656
	Dir ZS	148.099.203
	Hauptstadtkapitel	153.274.136
	Polizei gesamt	1.545.723.701
2024	Behördenleitung	22.168.244
	LPD	900.298.368
	LKA	236.073.948
	PA	97.079.371
	Dir ZS	159.301.308
	Hauptstadtkapitel	154.144.872
	Polizei gesamt	1.569.066.111

Quelle: ProFiskal, Stand: 26. August 2025

Jahr	Bezeichnung	Sachausgaben in Euro
2021	Polizeipräsidium	339.738.866,90
	Direktionen	30.251.390
	PA	9.693.652,89
	LKA	18.959.203,48
	Gesamt	398.643.113,27
2022	Behördenleitung	831.353,16
	Dir ZS	331.792.423,13
	LPD	43.613.430,16
	PA	9.815.304,50
	LKA	22.349.427,00
	Gesamt	408.401.937,95
2023	Behördenleitung	727.181,24
	Dir ZS	341.855.256,69
	LPD	44.665.166,34
	PA	10.027.868,67
	LKA	27.228.282,04
	Gesamt	424.503.754,98
2024	Behördenleitung	931.670,46
	Dir ZS	318.898.372,09
	LPD	49.149.395,58
	PA	4.930.770,00
	LKA	27.334.750,75
	Gesamt	401.244.958,88

Quelle: Profiskal, Stand: 26. August 2025

Jahr	Mehrarbeitsvergütung
2021	5.686.460,99 €
2022	5.300.252,00 €
2023	4.870.009,85 €
2024	6.553.465,87 €

Quelle: Integrierte Personalverwaltung (IPV), Stand: 31. Dezember 2024

Die Angaben zum Anteil am Gesamthaushalt ergeben sich aus nachstehenden Listen:

Personalausgaben:

	Polizei	Gesamthaushalt Personal	Prozentualer Anteil
2021	1.443.249.240	9.062.254.060,31	15,92
2022	1.488.516.342	9.430.072.844,61	15,78
2023	1.545.723.701	9.872.129.236,44	15,65
2024	1.569.066.111	10.075.995.460,96	15,57

Sachausgaben:

Vorliegend wurden aufgrund der Fragestellung nur die Sachausgaben (Hauptgruppen 5 und 6) zugrunde gelegt:

	Polizei	Gesamthaushalt Sachausgaben Hauptgruppen. 5 und 6	Prozentualer Anteil
2021	398.643.113,27	14.219.184.450,07	2,80
2022	408.401.937,95	13.674.937.014,55	2,98
2023	424.503.754,98	12.778.743.136,30	3,32
2024	401.244.959,88	13.401.462.575,76	2,99

Zu 1. b.:

Erstattungsleistungen an andere Bundesländer und den Bund sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

2021	2022	2023	2024
10.642.934,49 €	6.758.151,38 €	3.806.908,95 €	7.846.435,73 €

Quelle: ProFiskal sowie interne Datenerhebung Dir ZS Fin, Stand: 3. September 2025

Zu 1. c.: Die erfragten Daten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Kapitel	Titel	Förderung aus	2021	2022	2023	2024
0531	27290	EU-Fördermittel	182.398,91 €	163.585,88 €	93.861,10 €	60.855,60 €
	28290	sonstige nicht-staatliche Drittmittel	6.515,51 €	993,11 €	260,55 €	0,00 € ¹
0532	28290	sonstige nicht-staatliche Drittmittel	0,00 € ¹	0,00 € ¹	25.476,96 €	5.956,33 €
0543	23190	Bund	364.072,48 €	147.802,24 €	168.178,46 €	206.178,13 €
	27290	EU-Fördermittel	73.314,63 €	8.128,27 €	72.086,25 €	134.399,17 €
	28290	sonstige nicht-staatliche Drittmittel	98.952,99 €	103.338,33 €	82.027,03 €	0,00 € ¹
		Gesamt	725.254,52 €	423.847,83 €	441.890,35 €	407.389,23 €

Quelle: ProFiskal, Stand: 25. August 2025

Die Mittel für die im Hauptstadtkapitel 0559 veranschlagten Ausgaben werden anteilig vom Bund gemäß Hauptstadtfinanzierungsvertrag bereitgestellt. Im Jahr 2021 lag dieser

¹ Es wurden keine Fördermittel zugeteilt.

Betrag bei 100.000.000 Euro, im Jahr 2022 bei 110.000.000 Euro und in den Jahren 2023 sowie 2024 bei jeweils 120.000.000 Euro.

Zu 1. d.:

Die Personal- und Sachkosten im Sinne der Fragestellung werden im Haushalt der Polizei Berlin nicht gesondert ausgewiesen und sind somit nicht darstellbar.

Zu 1. e.:

Die Ausgaben für bauliche Maßnahmen, Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen, Sachkosten und Investitionsausgaben im Sinne der Fragestellung werden im Haushalt der Polizei Berlin nicht gesondert ausgewiesen und sind somit nicht darstellbar. Die Ausgaben für Miete sind dem jeweiligen Haushaltsplan zu entnehmen, hier den Erläuterungen des Titels 0556/51820.

Die Gesamt-Nettokaltmiete in 2021 laut Doppelhaushaltsplan 2020/2021 für 84 Polizeiliegenschaften betrug rund 131.595.000 EUR.

Die Gesamt-Nettokaltmiete in 2022 laut Doppelhaushaltsplan 2022/2023 für 82 Polizeiliegenschaften betrug rund 133.367.000 EUR.

Die Gesamt-Nettokaltmiete in 2023 laut Doppelhaushaltsplan 2022/2023 für 82 Polizeiliegenschaften betrug rund 141.793.000 EUR.

Die Gesamt-Nettokaltmiete in 2024 laut Doppelhaushaltsplan 2024/2025 für 82 Polizeiliegenschaften betrug rund 117.375.000 EUR.

Die Nettokaltmiete in 2024 für die Polizeiwache am Alexanderplatz 1 betrug rund 5 Tsd. EUR.

Die Nettokaltmiete in 2024 für die Polizeiwache am Kottbusser Tor, Adalbertstraße 3, betrug rund 53 Tsd. EUR.

2. Welche Kosten entstehen im Rahmen der Strategie zur Bekämpfung von Messerkriminalität für
 - a. die Einrichtung der Sondereinheit "Koordinierungsstelle Messer" beim LKA?
 - b. Personalkosten (gemessen an Einsatzstunden) für die Kontrollen und Strafverfolgung in den Waffenverbotszonen Görlitzer Park, Kottbusser Tor und Leopoldplatz?

- c. Umstellungen und Neuregelungen in Verwaltung und Justiz zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 4 Verordnung über das Verbot des Führens von Waffen und Messern i.V.m. § 53 Abs. 1 Nr. 23 WaffG?
- d. die Finanzierung von polizeilichen Präventionsprogrammen an Schulen wie „Messer machen Mörder“ inklusive Verwaltungsausgaben der Bildungsverwaltung und Sozialverwaltung?
- e. die Umsetzung der Ausweitung per Rechtsverordnung vom 24. Juni 2025 auf den öffentlichen Nahverkehr (Bitte aufschlüsseln nach Ausgaben für Kontaktbeamte, Sachbearbeitung, Verwaltung und Justiz) sowie Kooperationen mit den Verkehrsbetrieben?
- f. Beschilderung bzw. Bekanntmachung neuer Gesetze und Verordnungen, Bewirtschaftungsausgaben und Ausgaben für Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen im Zusammenhang mit Waffen- und Messerverbotzonen insgesamt seit ihrer Einrichtung sowie geplante Auswirkung dieser auf den Doppelhaushalt 2026/2027?

Zu 2. a. bis c.:

Die „Koordinierungsstelle Messer“ beim Landeskriminalamt sowie die Dienststellen der Einsatzkräfte in den Waffenverbotszonen verwalten oder bewirtschaften keine eigenen finanziellen Mittel im Sinne der Fragestellung. Die Verfolgung und Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im Themenzusammenhang erfolgten bislang im Rahmen der bereits vorhandenen behördlichen Strukturen, sodass eine gesonderte Darstellung der Personal- und Sachmittel nicht möglich ist.

Zu 2. d.:

Das polizeiliche Präventionsprogramm „Messer Machen Mörder“ ist etabliert. Zusätzliche Kosten sind der Polizei Berlin seit 2021 nicht entstanden.

Zu 2. e.:

Die Umsetzung der Ausweitung von Waffen- und Messerverboten per Rechtsverordnung vom 24. Juni 2025 auf den öffentlichen Nahverkehr in Berlin erfolgt im Rahmen der bestehenden behördlichen Strukturen. Die zuständigen Stellen verwalten oder bewirtschaften im Sinne der Fragestellung keine eigenen finanziellen Mittel, daher ist eine gesonderte Darstellung der Personal- und Sachmittel nicht möglich.

Zu 2. f.:

Im Rahmen der Einrichtung der Waffen- und Messerverbotzonen sind der Polizei Berlin im aktuellen Haushaltsjahr 2025 für die Beschaffung von Schildern und Pfosten Kosten in Höhe von 16.766,60 Euro entstanden und weitere in Höhe von rund 3.000 Euro prognostiziert.

(Stand: 26. August 2025). Für den Doppelhaushalt 2026/2027 sind diesbezüglich keine Ausgaben geplant.

3. Welche Ausgaben sind im Rahmen der ASOG-Novellierung geplant für die
 - a. Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten?
 - b. die KI-basierte, automatisierte Videoauswertung an kriminalitätsbelasteten Orten?
 - c. Ist geplant, personenbezogene Daten zum Zweck des Trainings und Testens von KI-Systemen an Drittanbieter weiterzugeben oder entsprechende Aufträge zu vergeben? Falls ja, welche Drittanbieter kommen dafür in Betracht, und welche Kosten sind dafür veranschlagt?

Zu 3. a. und b.:

Der Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2026 und 2027 sieht eine Unterteilung der Ausgaben in „Videoüberwachung“ und „KI-basierte, automatisierte Videoauswertung an kriminalitätsbelasteten Orten“ nicht vor. Die hier erfragten Ausgaben sind im Titel „0532/81232 – Videoaufklärung“ mit 2.529.000 Euro in 2026 und 1.500.000 Euro in 2027 eingeplant. Zusätzlich sind insgesamt 8.000.000 Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastrukturinvestitionen für Zwecke der Videoaufklärung vorgesehen.

Zu 3. c.:

Nein.

4. Welche Maßnahmen und Programme zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention mit Jugendlichen hat die Polizei Berlin im Zeitraum 2021 bis 2024 durchgeführt?
 - a. Welche Kosten entstanden hierdurch? (Bitte aufschlüsseln nach Maßnahme, Sachkosten und Personalkosten.)
 - b. Wie viel zusätzliches Budget wurde im Zusammenhang mit dem Berliner „Gipfel gegen Jugendgewalt“ in den Jahren 2023/2024 für polizeiliche Maßnahmen bereitgestellt? (Bitte ebenfalls aufschlüsseln nach Maßnahme, Sachkosten und Personalkosten.)
 - c. Wie hoch waren die tatsächlich ausgegebenen Mittel für diese Maßnahmen in den Jahren 2023 und 2024? (Bitte erneut nach Maßnahme, Sachkosten und Personalkosten aufschlüsseln.)

Zu 4.:

Eine strukturelle Erfassung sämtlicher Maßnahmen und Programme zur Gewalt- und Kriminalprävention mit Jugendlichen durch die Polizei Berlin erfolgt nicht, da neben konzeptionell hinterlegten Informationsveranstaltungen auch anlassbezogene, individuell ausgerichtete Einzelmaßnahmen durchgeführt werden.

Im Zeitraum von 2021 bis 2024 hat die Polizei Berlin folgende themenbezogene Informationsveranstaltungen (TIV) zur Gewalt- und Kriminalprävention mit Jugendlichen durchgeführt:

- TIV „Messer machen Mörder“
- TIV Cybermobbing
- TIV Demonstrationsfreiheit
- TIV Drogen.

Darüber hinaus wurden die Veranstaltungen

- Training deeskalierenden Verhaltens in Konfliktsituationen
- Sicher mit Brummi: Bääärensclau!

durch die mit Präventionsaufgaben beauftragten Dienstkräfte durchgeführt.

Die konkreten Inhalte dieser Veranstaltungen können dem Informationsblatt „Präventionsangebote an Schulen“ sowie dem Internetauftritt der Polizei Berlin (<https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/praevention/praeventionsangebote/>) entnommen werden.

Außerdem erfolgt eine intensive Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, z. B. im Rahmen der Täterorientierten Intervention, um Kindern, Jugendlichen und deren Erziehungsberechtigten möglichst frühzeitig individuelle Hilfsangebote aufzeigen zu können.

Darüber hinaus unterstützt die Polizei Berlin Initiativen und Projekte der Zivilgesellschaft. Dazu gehört z. B. die Beteiligung am Projekt des „Kiezbezogenen Netzwerkaufbaus“, an „Nicht im Abseits stehen“ oder die Unterstützung des gewaltpräventiven Projektes „Bleib cool am Pool“.

Zu 4. a.:

Eine gesonderte Darstellung der Personal- und Sachmittel im Sinne der Fragestellung ist nicht möglich.

Zu 4. b. und c.:

Der Polizei Berlin wurde im Zusammenhang mit dem Berliner „Gipfel gegen Jugendgewalt“ in den Jahren 2023/2024 kein zusätzliches Budget bereitgestellt.

Aus dem Polizeihaushalt wurden in 2023 mobile Endgeräte für die Präventionsarbeit mit 155.000 Euro finanziert.

Berlin, den 10. September 2025

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport